PROTOKOLL DES ZUKUNFTSFORUMS: LUST AUF MORGEN!

13.10.2018, Stadthalle Uelzen

SPD UNTERBEZIRK UELZEN/LÜCHOW-DANNENBERG

LÜNEBURGER STRAßE 42, 29525 UELZEN

Arbeitsgruppe 1: Wie sieht die Arbeitswelt von morgen aus?

1. Wie nehmen wir die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt war?
   - Die Einführung von neuen Technologien hat schon immer für Ängste gesorgt und macht dies auch heute noch. Am meisten besteht die Angst, dass man „wegrationalisiert“ d.h. von einer Maschine ersetzt wird.
   - Ein Personalabbau findet zumeist nur bei den manuellen Tätigkeiten statt und sorgt i.d.R. für einen Strukturwandel in der Arbeitswelt. Es werden meistens mehr neue Stellen geschaffen, als wegfallen. Allerdings bedürfen diese anderen Qualifikationen.
   - Es findet eine weitgehende Spezialisierung statt, sodass Menschen sich auf eine Tätigkeit beschränken, jedoch viel Know-How benötigt wird. Zu alten Ausbildungsberufen werden in einer Vielzahl von Fällen neue Attribute hinzugefügt (Bsp. Mechaniker → Mechatroniker)
   - Arbeitsorte werden zumeist weniger an einen Standort gebunden und verlagern sich ins Internet, sodass Zusammenarbeit von diversen Standorten möglich ist.
   - Prozesse werden immer schneller und entwickeln eine andere Dynamik. Arbeiten die früher lange dauerten können von Maschinen schneller umgesetzt werden.
   - Die Digitalisierung ist unkontrollierbar und unabwendbar. Sie kann nicht aufgehalten, muss aber gestaltet werden.

2. Wie soll sich die Arbeit verändern?
   - Wir brauchen einen Strukturwandel. Da die Digitalisierung nicht aufzuhalten ist, muss sich darauf eingelassen werden und es müssen durch staatliche Investitionen neue Branchen eingelenkt werden. Hierfür muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die mithilfe und durch Digitalisierung gute Arbeit schafft. Dieser Strukturwandel muss staatlich gelenkt und im Zusammenspiel mit sozialen und ökologischen Faktoren geschehen.
   - Bei einem massenhaften Wandel von Arbeitsstrukturen bedarf es vielen Möglichkeiten zur Umqualifizierung, da Menschen mit einer Fähigkeit evtl. nicht mehr qualifiziert sind für die neue Arbeit. Hierbei bedarf es einer flächendeckenden Struktur für staatliche Umqualifizierungsmaßnahmen, die staatlich gefördert und kostenlos sind.
   - Innerhalb dieser Maßnahmen und der Schule muss ein kritisches Bildungsideal verfolgt werden, sodass sich schnell in diverse neue Arbeitsbereiche trotz Veränderung eingearbeitet werden kann.

3. Wie sieht Selbstbestimmung auf dem Arbeitsmarkt aus?
   - Selbstbestimmung auf dem Arbeitsmarkt heißt, dass individuelle Fähigkeiten gefördert werden – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit.

4. Welche Sicherheiten müssen für die neue Arbeitswelt gegeben werden?
   - Sicherheiten müssen insbesondere auf dem Arbeitsmarkt gewährleistet sein. So muss neben der Infrastruktur für weitergehende Qualifikationen auch gewährleistet werden, dass Personen unabhängig vom Alter und der sozialen/finanziellen Situation Zugang zu diesen Maßnahmen haben. Maßnahmen hierzu sind beispielsweise:
     - Die Einführung eines Arbeitslosengeldes Q für Menschen die sich in der Arbeitslosigkeit weiterqualifizieren wollen.
     - Das Aufheben der Altersgrenze beim Bafög, sodass auch während des Berufslebens bzw. In Transitionsphasen noch ein Vollzeit-Hochschulstudium möglich ist.
     - Die Weiterzahlung von Löhnen in Qualifikationsphasen mit dem Ziel im gleichen/in einem verwandten Sektor weiter zu arbeiten.
     - Ein Ende des Abschluss-Fetischs und eine Qualifikationsbasierte Einstellungspolitik nach amerikanischem Vorbild.
     - Das vermehrte Anbieten von Schulungen auch innerhalb der Betriebe.
   - Auf der EU-Ebene müssen dringen Sozialgesetzgebungen eingeführt werden. Ebenfalls sollten europäische Sozialversicherungssysteme in Betracht gezogen werden. So hält man Menschen in Ihren Ländern und sorgt für ausreichend Qualifikation und Fachkräfte vor Ort.
   - Bei Freihandelsverträgen der europäischen Union müssen ab sofort immer auch Umwelt und Sozialstandards erhalten sein, die sich mindestens an den 8 Kernarbeitsnormen der ILO messen lassen. Länder die diese, sowie die Autonomie von Gewerkschaften und das Pariser Klimaabkommen nicht anerkennen dürfen in Zukunft keine Handelspartner*innen mehr sein.
   - Mit zunehmender Digitalisierung ist auch eine zunehmende Erreichbarkeit der Fall. Hierzu muss es flächendeckend Betriebsvereinbarungen geben, welche eine Erreichbarkeit in der Freizeit regeln und mehr auf eine Freiwilligkeit abzielen wie z.B. rechtliche Regelungen gegen Benachteiligung bei Unerreichbarkeit.
   - Außerdem müssen in Schulen und Universitäten, sowie auf dem staatlichen Bildungsmarkt digital-Kompetenzen vermittelt werden. Im Rahmen eines digitalen Alphabetisierungsprogrammes ist es sehr wichtig sinnvolles Arbeiten mit digitalen Geräten zu ermöglichen und über rechtliche Rahmenbedingungen aufzuklären.

5. Welche Regeln/Gesetze muss es geben?
   - Ein wichtiger Aspekt bei Spielregeln ist der Schutz der Umwelt. Besonders in Punkt 2 ist deutlich geworden, dass es einem Strukturwandel bedarf und Technologien die nicht mehr lohnenswert und schlecht für die Umwelt sind schrittweise abgebaut werden müssen.
   - Da es sich bei Arbeit in der Digitalen Welt um eine Art Entgrenzung handelt, müssen Regelungen zu Anwesenheit, Erreichbarkeit und Mitbestimmung getroffen werden. So ist mehr Arbeit durch Maschinen zu übernehmen und die Arbeitszeit um einen Teil zu reduzieren, bei vollem Lohnausgleich, da Maschinen nur in der Anschaffung und der Wartung kosten. Da es besonders in den Ballungsgebieten gut bezahlte Stellen gibt ist es wichtig, dass Fahrtwege zu Ausbildungs- und Arbeitsstätten bezahlt sind und nicht die Arbeitnehmer*innen auf den Kosten sitzen bleiben.
   - Die Erreichbarkeit muss ebenfalls reguliert werden und darf z.B. über private Handys nur in Absprache erfolgen. Aus diesem Grund ist es wichtig zum einen Diensthandys zur Verfügung zu stellen und zum anderen flächendecken Betriebsvereinbarungen über Erreichbarkeit und Ruhezeit zu verhandeln.
   - Selbstbestimmung in der Arbeitswelt setzt sich auch in freier Zeit um. So werden zumeist Frauen von Schranken in der Regelung zwischen Teil- und Vollzeit diskriminiert. Was es braucht ist eine vollumfassende und rechtssichere Regelung bzgl. der Rückkehr von Teil- auf Vollzeit und andersherum. Hierbei sind keine Ausnahmen zu machen, unabhängig von der Größe des Betriebs und der Entlohnung. Ziel ist es flexibel und abhängig von den Lebenssituationen planen zu können und sich somit ohne Angst Herausforderungen zu stellen und dabei dennoch Ehrenamt, Familie etc. nicht zu vernachlässigen.
   - Es bedarf außerdem einer Sicherung derjenigen, die im digitalen Zeitalter in so genannten On-Demand-Branchen arbeiten, wie z.B. selbstständige Amazon-Kuriere, Foodora-Fahrer*innen oder Uber-Driver. Anzustreben ist eine feste und unbefristete Anstellung. Sollte dies nicht möglich sein, müssen Arbeitgeber*innen zumindest den Sozialversicherungsbetrag übernehmen, sodass Solo-Selbstständigkeit effektiv bekämpft wird. Darüber hinaus bedarf es höchst-Lenkzeiten und Betriebsräten auch im digitalen Geschäft.
   - Mitbestimmung im Unternehmen darf keine Floskel sein. Aus diesem Grund muss das BetrVG an das digitale Zeitalter angepasst werden und vor allem auch europäische Rechtskomplexe abdecken. Menschen die bei uns arbeiten müssen mindestens nach unserem Mindestlohn bezahlt werden und Betriebsräte müssen ab einer gewissen Größe verpflichtend sein. Dies wirkt dem Union Bashing entgegen und anonymisiert die Betriebsratsarbeit gegenüber Firmenchefs. Werden zur Vermeidung eines Betriebsrates Tochterunternehmen aufgemacht, so sind alle Unternehmen als zusammenhängend zu begreifen.

- Ebenfalls ist es wichtig, dass sich Betriebsräte in transnationalen Unternehmen ortsunabhängig organisieren können.
- Leih- und Zeitarbeit war ursprünglich dafür gedacht Produktionsspitzen auszugleichen. Allerdings findet ein massenhafter Missbrauch statt. Um dem entgegen zu wirken fordern wir, dass Leiharbeit nur noch unter der Bedingung geschehen darf, dass das Unternehmen Tarif oder falls nicht vorhanden Branchenüblichen Lohn + 15% bezahlt inklusive aller Mitsprache- und Beteiligungsrechte der Stammbelegschaft. Ein Ende der Zwei-Klassen Beschäftigung muss kommen.

Arbeitsgruppe 2: Frauen in der Politik.

Aus welchem Grund sind Frauen weniger aktiv in der Politik als Männer?

1. Themen und Inhalte
   - Frauen werden von Männern immer noch als diejenigen wahrgenommen, die am öffentlichen Leben nicht teilhaben sollten und sich dafür um Haus und Kinder kümmern müssten. Die Verdrängung von Frauen aus dem öffentlichen Raum ist weniger geworden, hat sich allerdings noch nicht aufgelöst. Aus diesem Grund werden Frauen die in der Politik aktiv sind oftmals belächelt und nicht für voll genommen.
   - Frauen werden so sozialisiert, dass sie eher entscheidungsunfreudig sind. Aus diesem Grund liegt es ihnen ferner in der Politik Entscheidungen und Verantwortung zu übernehmen.
   - In der aktiven Politik und im medialen Geschehen gibt es zu wenige weibliche Vorbilder, sodass die Politik, aber auch unsere Partei als reiner Männerclub angesehen wird. Anhand von Sprechquoten, der Leitung von Sitzungen und dem Besetzen von Positionen ist diese Annahme nicht so abwegig. Alles in allem Fehlen weibliche Vorbilder.

2. Rollenbild/Arbeitsteilung
   - Die Vereinbarkeit von Familie und Partei ist in vielen Fällen noch sehr schwierig, sodass Frauen, denen in unserer Gesellschaft noch die meiste Care-Arbeit zukommt daran gehindert werden an Sitzungen teilzunehmen. Zu den Terminen an denen Politik gemacht wird haben die meisten keinen Platz mehr in der Kinderbetreuung und einen Babysitter für jede Sitzung zu finden und sich zu leisten ist ebenfalls schwierig. Startzeiten von Sitzungen sind änderungsbedürftig. Des Weiteren ist eine schnelle und frühzeitige Kommunikation neuer Termine notwendig.
   - Ist es einer Frau möglich zu den Sitzungen zu erscheinen wird sie von zu viel Verantwortung auf einmal erschlagen. Hierbei muss sich die Frage gestellt werden wie viel Verantwortung wir von Frauen in der SPD erwarten und ob es der richtige Weg ist ihnen nach dem ersten Treffen direkt mehrere Mandate aufzubürden. Direkte Folgen hieraus können ein Zerrieb zwischen Familie und Partei sein.

3. Diskussionskultur
   - Die Diskussionskultur in Parteien ist vielmals sehr männlich geprägt, da die Strukturen historisch auf Männer ausgelegt sind. Hinterzimmergespräche, männlich dominantes Redeverhalten und Machtspiele sind nicht der richtige Weg um Politik interessant zu machen und sorgen für die Männerdomäne Politik/Partei.
   - Frauen die in der Politik aktiv sind werden weniger anerkannt als Männer, obwohl sie in den meisten Fällen einen genau so guten, wenn nicht besseren Job machen. Indem man dem entgegenwirkt, macht man Politik zu einem attraktiveren Betätigungsfeld.
   - Frauen, besonders aus dem prekären Sektor fühlen sich umso weniger angesprochen. Dies liegt eventuell auch an der Akademisierung der Parteien und damit einhergehend dem Verlust von einfacher Sprache.

4. Wie können wir für mehr Frauen in der Politik sorgen?
   - Wichtig ist es bestehende Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und die Menschen auf das hinzuweisen, was alltäglich geschieht. Dem Hinterfragen, aus welchen Gründen Frauen statistisch so benachteiligt sind muss eine Änderung der Geschlechterstereotype folgen, sodass kommende Generationen nicht mit den gleichen Stereotypen aufwachsen.
   - In der Organisation SPD wäre es von Vorteil quotierte Redelisten zu führen, sodass abwechselnd Frauen und Männer das Wort erhalten und sich das jeweils unterrepräsentierte Geschlecht in die Liste reinquotieren kann. Außerdem wäre es gut eine paritätisch aufgestellte Doppelspitze in den Ortsvereinen zu ermöglichen und falls eingefordert auch durchzusetzen. Auf lange Sicht sind außerdem Quoten für die Parlamente einzuführen.
   - Termine im Ehrenamt müssen so gelegt werden, dass sie frühzeitig bekannt gegeben werden und durch eine effektive Sitzungsleitung so gestaltet werden, dass sie nicht allzu lange dauern.
   - Darüber hinaus ist darüber nachzudenken, ob es bestimmte Themenabende zur Frauenvernetzung geben und Veranstaltungen explizit auf Frauen ausgelegt werden sollten. Außerdem wäre das Angebot einer Kinderbetreuung bei Veranstaltungen von Vorteil um Müttern den Weg zu Veranstaltungen zu ermöglichen.

Abbildung 1: Wie begeistern wir mehr Frauen für die Politik?

Arbeitsgruppe 3: Neues Miteinander – Sicherer und sozialer Staat.

1. In welchem Staat wollen wir leben?
   - Der Staat in dem wir leben wollen ist ein solcher in dem Zusammenhalt gelebt wird. Hierbei muss weg gekommen werden vom Antagonismus zwischen denen da oben und uns hier unten und ein größeres Wir-Gefühl erzeugt werden. Dies soll von der KiTa bis ins Altersheim gelten. Gemeinsamkeit geht nur über Organisationen, wie Vereine, Gewerkschaften, Gruppen etc. die allesamt vom Staat gefördert werden müssen. Gemeinsam müssen außerdem Lösungen für Probleme erarbeitet werden, nicht gegeneinander und auch nicht von oben herab. Denn letzten Endes setzt sich ein Staat aus seinen Bürger*innen zusammen.
   - Der Staat ist in letzter Zeit zu schlank geworden und muss nun wieder gefüttert werden. Dies bedeutet zum einen Investitionen in alle staatlichen Sektoren, auf der anderen Seite allerdings auch wieder vermehrte Einstellungen und den Ausbau von öffentlicher Infrastruktur auf dem Land. Außerdem ist über eine Renationalisierung von ehemaligen staatlichen Unternehmen nachzudenken.
   - Besetzungen in Behörden etc. sollten aufgrund von der Qualifikation und nicht aufgrund anderer Merkmale getroffen werden.

2. Wie sehen die sozialen Absicherungen der Zukunft aus?
   - Die sozialen Sicherungssysteme sollen auf jeden Fall zukunftsfest gemacht werden. Im Zweifel ist es für den Staat auch möglich Schulden zu machen um den Sozialstaat aufrecht zu erhalten.
   - Generell lässt sich außerdem festhalten, dass die Leistungen die der Staat anbietet übersichtlicher und fairer sein müssen. Darüber hinaus muss die Frage nicht lauten „Was kann beantragt werden?“ sondern „Was kann der Staat anbieten?“. Hieraus lässt sich ein proaktives Sozialstaatsmodell erkennen, welches ohne zahlreiche Fördertöpfe auskommt die dazu da sind nicht abgerufen zu werden und Verwirrung zu stiften.
   - Absicherungen in der Zukunft können nur gewährleistet werden, wenn die sozialen Sicherungssysteme auf den Prüfstand gestellt werden. Dies muss insbesondere ein Loslösung von Hartz IV und eine deutliche Erhöhung der Grundrente beinhalten, sodass soziale Abstiegsängste durch unsere Sozialen Sicherungssysteme abgefedert und aufgefangen werden können. Grundlage hierfür ist das beenden von prekären Arbeitsverhältnissen, wie beispielsweise

Leih- und Zeitarbeit, die nicht dafür genutzt werden um Spitzen auszugleichen, sondern missbraucht und zur Regel werden.

- Als letzten Punkt müssen Wohnungsbaugesellschaften wieder mehr staatlich gefördert werden. Dies bedeutet zum einen, dass mehr sozialer Wohnungsraum in den Städten zur Verfügung steht und zum anderen, dass nicht wie zum Ende des letzten Jahrhunderts die Sozialbindungen nach und nach allesamt auslaufen.

3. Wer sind wir und wie wollen wir in einer offenen Gesellschaft zusammenleben?
   - In einer offenen Gesellschaft kommt dem Staat die Aufgabe zu Vielfalt und ehrenamtliche Arbeit zu fördern, statt diese zu besteuern und zu erschweren. Bei der Förderung von Vielfalt sind zum einen interkulturelle Initiativen ins Auge zu fassen, zum anderen aber auch Projekte gegen Rechtsextremismus und Arbeitslosigkeit verstärkt anzugehen.
   - Ein weiterer Punkt ist Sorgearbeit, die in Teilen sowohl unbezahlt, als auch von niedrigem gesellschaftlichen Stellenwert ist. Denjenigen Menschen die sich der Sorgearbeit und z.B. dem Kümmern um Verwandte und bekannte annehmen muss mehr Respekt gezollt werden. Außerdem müssen diejenigen die sich für den Beruf der Pflegekraft entscheiden ein Existenzsicherndes Gehalt sicher sein. Pflege darf kein Geschäft sein, es geht immer noch um Menschen.

4. Wie können wir für Demokratie begeistern?
   - Transparenz ist wichtig in einer Demokratie. Deshalb sollten Ergebnisse von Abstimmungen und Sitzungen von politischen Gremien öffentlich gemacht werden un auch für interessierte Bürger*innen nachvollziehbar sein.
   - Politik muss für die Menschen gemacht werden, nicht für Konzerne oder reiche.
   - Außerdem ist die Erziehung zu Demokratie von hohem Stellenwert. Demokratische Instanzen in Kindergärten, Schulen und Universitäten, aber auch auf der Arbeit etc. müssen ausgebaut werden. Eine Grunddemokratisierung aller Menschen muss die Folge sein.

Abbildung 2: Wie sieht die Gesellschaft von Morgen aus?

5. Was bedeutet Sicherheit und Freiheit?
   - Bundeswehr und Polizei müssen sachgerecht ausgerüstet sein und die Polizei muss außerdem eine gewisse Präsenz vor Ort haben. Dies sorgt dafür, dass die Bürger*innen sich sicher fühlen.
   - Wichtig ist außerdem die Stärke auf der Straße. Weniger entscheidend ist der Verfassungsschutz. Außerdem sollte der Staat, Freiheitsrechte betreffend, enge Grenzen gesteckt bekommen. Der Bürger darf nicht zu gläsern sein.

Arbeitsgruppe 4: Organisationspolitische Erneuerung der Partei

Auf welchem Weg können wir Menschen wieder für uns begeistern?

1. Welche Zielgruppen müssen wir in Zukunft ansprechen?
   - Die SPD ist eine Volkspartei. Aus diesem Grund sollten wir versuchen alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Manche allerdings verstärkt und manche weniger. Beispielsweise sollte ein Fokus auf Jugendliche, auf Frauen und Familien, sowie auf Arbeitnehmer*innen gelegt werden. Demnach schließen sich insbesondere Arbeitgeber*innen als Zielgruppe aus.

2. Welche Inhalte und Themen müssen wir besetzen?
   - Eine Partei muss am Puls der Zeit agieren und diejenigen Themen ansprechen, die die Menschen interessieren. Die SPD hat das in letzter Zeit zu wenig getan und wenn sie es getan hat, dann nicht offensiv nach außen kommuniziert.
   - In Zukunft sollte ein Fokus auf der Lebensplanung der Leute liegen. In einer sich rasant ändernden Welt müssen neue Strukturen geschaffen werden, sowohl in der Arbeitswelt, als auch im Sozialstaat und im Ehrenamt. Auf den Strukturen von gestern lässt sich keine Politik von morgen machen. Hierunter fallen Themen wie die Gerechtigkeit in der Bildung, lebenslanges Lernen, Unterstützung von jungen Familien, ein aktiver Sozialstaat und soziale Sicherungssysteme die zum leben reichen, die monetäre Würdigung der Lebensleistung und ein ausreichender Mindestlohn.
   - Außerdem ist die Einheit von Mensch und Umwelt wichtig, weshalb in Zukunft ein Fokus auf Nachhaltigkeit und Tierschutz gelegt werden muss.

3. Welche Methoden sollten wir nutzen?
   - Um Parteiarbeit wieder attraktiver zu machen wurden sich diverse Methoden überlegt. So sollen regelmäßig Veranstaltungen auf diversen Ebenen stattfinden, die bereits am Anfang des Jahres mit einem Jahresplan kommuniziert werden sollen. Darüber hinaus sollen regelmäßig Mitgliederversammlungen auf OV-Ebene stattfinden, die dazu da sind um Anträge zu beschließen und Themen zu setzen. Um das Handwerk des Anträgeschreibens richtig zu beherrschen sollen außerdem regelmäßige Antragsworkshops stattfinden.
   - Wichtig ist es außerdem die politische Diskussion in die Partei zu tragen und regelmäßig Diskussionsabende innerhalb der Ortsvereine zu veranstalten. Dies, sowie gemeinsame Aktivitäten (z.B. Lesungen oder Grünkohlessen) sorgen für eine nachhaltige Bindung und Beteiligung der Mitglieder.

- Letzten Endes müssen die gewählten Gremien transparent sein. Dies erreicht man durch öffentliche Fraktionssitzungen von Stadtrats- und Kreistagsfraktion.

Abbildung 3: Wie gestalten wir Parteiarbeit wieder attraktiver?